

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Zeitweiligen Ausschusses zur Funktional-, Verwaltungs- und kommunalen Strukturreform am 19.02.2004

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Mathias Weiland	HAL
Herr Schreyer	Verw
Herr Karsten Golnik	
Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Bernd Stemme	UBF
Herr Friedemann Scholze	FDP
Frau Silvia Jentsch	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bildung eines Regionalkreises (mündlich)

5. Entwicklungen in den Umlandgemeinden (mündlich)
6. Vereinbarung zur abgestimmten Bauleitplanung mit Sennewitz (Unterlagen)
7. Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise
8. Anfragen von Stadträten
9. Anregungen
10. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Wünscher eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Beschlussfähigkeit ist gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Aufgrund der fehlenden Beschlussfähigkeit in der letzten Sitzung am 16. Dezember 2003 wird sowohl die Niederschrift vom 16. Dezember 2003 als auch vom 24. Oktober 2003 bestätigt.

zu 4 Bildung eines Regionalkreises (mündlich)

Herr Golnik berichtet über zwei Treffen der Arbeitsgruppe Halle/Saalkreis am 14.01.2004 im Landratsamt Saalkreis und am 10.02.2004 in der Stadtverwaltung Halle.

Gesprächsgegenstand des Treffens am 14.01.2004 war das ausdrückliche Bekenntnis der Vertreter des Landratsamtes zur Bildung eines Regionalkreises. Der Saalkreis favorisierte bei der Bildung des Regionalkreises das Modell des Stadtverbandes Saarbrücken, entsprechende Unterlagen wurden den Vertretern der Stadt Halle (Saale) übergeben. Zur weiteren Vorgehensweise wurde vereinbart, dass auf der Basis des Arbeitspapiers „Regionalkreis“ der AG vom März 2001 und der übergebenen Unterlagen zum Stadtverband Saarbrücken kurzfristig eine Prüfung möglicher Zuständigkeiten des Regionalkreises vorgenommen wird.

Die Vertreter des Landratsamtes schlugen eine möglichst schnelle gemeinsame Positionierung zur Bildung eines Regionalkreises gegenüber der Landesregierung vor.

Am 10. Februar 2004 wurde durch die Vertreter des Landratsamtes, die zu diesem Zeitpunkt bereits öffentlich bekannt gemachte Fusionsabsicht des Saalkreises mit dem Kreis Merseburg-Querfurt erläutert. Aktueller Anlass für die geplante Fusion war die beabsichtigte Zuordnung der Einheitsgemeinde Schkopau zum Kreis Merseburg-Querfurt.

Die Vertreter des Landratsamtes sprachen sich dafür aus, die Bildung eines Regionalkreises als längerfristiges Ziel weiterzuverfolgen.

Aus diesem Grund sollte die Tätigkeit der AG Halle/Saalkreis fortgesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe sollte sich nunmehr auch mit aktuellen Fragen der interkommunalen Kooperation beschäftigen. Erste Vorschläge wurden dazu übergeben. Die Vertreter der Stadt Halle (S.) erklärten, dass eine weitere AG-Tätigkeit nur unter Einbeziehung des Kreises Merseburg-Querfurt sinnvoll ist und im übrigen in der Ausschusssitzung am 19.02.2004 zur weiteren Vorgehensweise der Stadt Halle (S.) entschieden wird.

Frau Häußler fragt, ob die Stadträte vor dem Hintergrund dieses Ergebnisses die Fortführung der Gespräche für sinnvoll halten. Herr Bönisch spricht sich aus taktischen Gründen ausdrücklich dafür aus.

Herr Dr. Köck berichtet vom heutigen Kreistagsbeschluss zur Vereinigung der Kreise Saalkreis und Merseburg-Querfurt.

Frau Dr. Wünscher fragt, ob ein Großkreis genehmigungsfähig sei. Im Süden entstünde eine Unverhältnismäßigkeit. Herr Weiland meint, Halle solle sich deutlich positionieren. Er wünscht sich an dieser Stelle Unterstützung der PDS.

Frau Häußler zitiert aus den Protokollen zur Arbeitskreissitzung. Daraus geht hervor, dass der Saalkreis die zu besprechenden Schwerpunkte beim e-government, bei Hartz IV, der Zusammenlegung der Volkshochschule und der Musikschule usw. sieht. Grundlegende Fragen wie die Trägerschaft der Schulentwicklungsplanung, der Schulen, der Sozialhilfe, der Jugendhilfe usw. sind nicht Gegenstand der Beratungen.

Herr Dr. Köck mahnt, dass die Chancen für gesetzliche Eingemeindungen als nicht realistisch einzuschätzen sind. Herr Koehn überlegt, Sanktionen bei Dienstleistungen zu verhängen z. B. über die Stadtwerke, die auch den Saalkreis versorgen. Außerdem regt er Protestaktionen in Magdeburg an.

Frau Häußler schlägt vor, einen Anwalt zu beauftragen, der auf Grundlage des vorhandenen Gutachtens und den dortigen Eingemeindungsempfehlungen aus Sicht der Stadt Halle konkrete Forderungen herausarbeitet und mit Begründungen untersetzt. Dabei sollen auch die finanziellen Auswirkungen näher betrachtet werden.

Herr Biesecke ergänzt, dass geprüft werden soll, ob ein Anspruch auf Tätigwerden aus § 31 des Kreisgebietsreformgesetzes von 1993 hergeleitet werden kann. Außerdem soll geprüft werden ob ein Drittwiderspruch erhoben werden kann, weil das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Bezug auf bereits jetzt ausgesprochene Genehmigungen beeinträchtigt ist. Frau Dr. Wünscher bittet sowohl den Vorschlag von Frau Häußler als auch die Vorschläge von Herrn Biesecke weiter zu verfolgen. Sie weist auf eine mögliche Einspruchsfrist vom 29. Februar 2004 bezogen auf die Genehmigung Döllnitz/Schkopau hin. Sie wirft hinsichtlich der Sparkasse Halle/Saalkreis die Frage auf, wie man damit umgehen kann, wenn hier in Konsequenz der Kreisumstrukturierung Anteile herausgelöst werden müssen.

Herr Dr. Köck schlägt vor, Pflichtverbände nach dem KAG zu bilden. Frau Häußler erwidert, dass dafür Mehrheiten gefunden werden müssen. Sie schlägt vor, dass der zu beauftragende Rechtsanwalt auch eine Variante zum Mehrzweckverband ausarbeiten soll.

Frau Dr. Wünscher fasst noch einmal zusammen, dass der Ausschuss ausdrücklich sowohl die Vorschläge von Frau Häußler als auch die Anregungen von Herrn Biesecke zum Drittwiderspruch und zum § 31 Kreisgebietsreformgesetz befürwortet.

Herr Dr. Köck bittet ausdrücklich im Protokoll zu vermerken, dass er sich an dieser Stelle nur unter Vorbehalt äußern kann, weil er sich mit der Fraktion noch rückkoppeln muss.

Weiterhin befürwortet der Ausschuss die Gesprächsfortführung bezogen auf das Modell des Regionalkreises. Dazu sollen in der Vorbereitung die Inhalte und Themen seitens der Stadt neu definiert und gewichtet werden. Diese sollen dann den beiden Landräten Herrn Bichoel und Herrn Dr. Heuer zugesendet werden mit der Bitte um ein Gespräch. Diese Bitte zur Gesprächsfortführung soll öffentlich gemacht werden.

Frau Häußler greift das Thema Sparkasse nochmals auf. Sie wird Fragen zu Auswirkungen der Gebietsreform auf die Sparkassenstrukturen in der nächsten Verwaltungsratsitzung der Sparkasse ansprechen. Herr Lehmen regt an, parteiübergreifende Positionen zu bilden. Z. B. könne die von den Landtagsabgeordneten unterschriebene Resolution auch an alle Fraktionen und den Stadtrat geschickt werden mit der Bitte um Unterschrift.

zu 5 Entwicklungen in den Umlandgemeinden (mündlich)

Frau Häußler informiert über die zu liquidierende Projektentwicklungs-GmbH zum Gewerbegebiet Queis. Hierzu liegt ein ausführlicher Sachstandsbericht von Herrn Heinz vor, der in der Verwaltung noch ausgewertet werden muss.

Herr Bönisch bittet bis vor dem 13. Juni 2004 um eine genauere Analyse der Verhältnisse in den Randgemeinden von Halle. Herr Lehmann regt an, jede einzelne Gemeinde zu betrachten und ein allgemein gefasstes Angebot zu formulieren, um die Ängste zu nehmen zur Stadt Halle zu kommen. Die Botschaft soll sein: Alles ist verhandelbar.

zu 6 Vereinbarung zur abgestimmten Bauleitplanung mit Sennewitz (Unterlagen)

Herr Golnik stellt den Vertrag vor. Der Vertrag ist mit Sennewitz ausverhandelt. Der Vertrag wird zur Kenntnis genommen.

zu 7 Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise

Wurde bereits bei TOP 4 erledigt.

zu 8 Anfragen von Stadträten

Herr Koehn fragt, wie viele Beschäftigte der Stadt aus dem Umland nach Halle einpendeln und regt an, auch diese zu bewegen sich mit dem Hauptwohnsitz in Halle anzumelden. Hinsichtlich der Pendlerzahlen soll der Fachbereich Organisation und Personalservice befragt werden.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

zu 10 **Mitteilungen**

Es wurden keine Mitteilungen gemacht.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende

Kerstin Ruhl-Herpertz
Protokollführerin